

Dabei wäre im Prinzip genug Geld da...

Würden von allen Steuerpflichtigen die jährlichen Steuern so konsequent eingezogen, wie bei den ArbeitnehmerInnen (Lohn- / Einkommensteuer), kämen nach seriösen Berechnungen netto ca. **30 Mrd. € mehr jährlich** in die öffentlichen Kassen. Bei Vermögens- / Erbschaftssteuern auf große Vermögen kämen noch einmal ca. **20 Mrd. €** dazu und bei der Körperschaftsteuer wären es noch einmal ca. **24 Mrd.**

Der Staat verzichtet auf ca. **74 Mrd. €** Steuereinnahmen jährlich! – ganz zu schweigen von einer gerechten Verfolgung bzw. Besteuerung der ca. **400 Mrd.** ins Ausland verschobenen Euro!

Mit diesen Mitteln (nicht zu reden von der Geldverschwendung bei der mordsteuern Kriegsrüstung) könnte der Staat auf allen Ebenen sinnvoll agieren: unter anderem in Bildung, Sozialsysteme, Infrastruktur investieren. Arbeit könnte gerechter verteilt werden, Arbeitslosigkeit abnehmen und die Sozialkassen könnten entlastet werden!

So nützt man der lohnabhängigen „Normal“bevölkerung, nicht aber durch „HARTZ-Druck“ mit „PSA“, „Ich-AG“ und Hetze gegen „die faulen Arbeitslosen“, die angeblich an ihrer Situation mehr und mehr selbst Schuld sind.

Angesichts von real 6 Mio. fehlenden Arbeitsplätzen ist es genau so verbrecherisch wie lächerlich, „finanzielle Anreize für Arbeitsaufnahme“ dadurch schaffen zu wollen, dass die Arbeitslosenunterstützung (von der man nicht leben kann) immer weiter ge-

senkt wird, um die Arbeitsaufnahme zu Hungerlöhnen „attraktiv“ zu machen (von denen man ebenfalls nicht leben kann.

Es wird Zeit, dass die betroffenen Arbeitslosen und (noch) Beschäftigten sich stärker solidarisieren und zusammenschließen!

Rücknahme sämtlicher Kürzungen bei der Arbeitslosenhilfe !

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Kein Aushebeln des EU-Rechts durch Billig-Tarifverträge mit Leihfirmen!

Reduzierung statt Ausbau der Leiharbeit !

30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich !

Weniger arbeiten = weniger Arbeitslose!

nächste Regional-AG-Treffen:
* Diskussion & Aktion *:
montags, 10. Februar, 10. März.
– 19.30 Uhr
Bahnhof Langendreer

Impressum u. Kontakt:
Ruhrgebiets AG „Soziale Grundrechte ...“
Bhf Lgdr, Wallbaumweg 108, 44894 Bo

Nächste ruhrgebietsweite Aktionen:

- 5. Februar: „Tag der Erwerbslosen“
- 8. März: „Tag der Frauen“
- 1. April: „Tag der PSA“

AG „Soziale Grundrechte – stoppt die Hartz-Pläne!“

„HARTZ“ -

ein Hammer

nicht nur für Arbeitlose -
auch für SIE !!! ...

Sie glauben's nicht

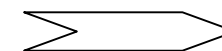
?....

Nun, dann

wiegen Sie sich weiter
in Sicherheit

oder sehen Sie,
wie's auch kommen kann

....



Anja Schmidt z.B., 25 Jahre, Fleischfachverkäuferin, 1000 € Nettolohn, wird zum 31. Januar 2003 von ihrem Kaufhaus entlassen. Sie erhält ein Arbeitslosengeld von 610 € Das Arbeitsamt (jetzt: **Job-Center**) steckt sie nach einem Monat in eine Leiharbeitsfirma, umgetauft in **PSA (Personal Service Agentur)**. Die PSA wird von einer Firma Randstad betrieben.

Die PSA verleiht sie sofort zurück an ihr Kaufhaus. Das ist jetzt erlaubt. Sechs Wochen muß sie nun zur Probe für ihr Arbeitslosengeld arbeiten. Danach macht sie ihre alte Arbeit für 800 € also 20 % weniger. Diesen Tarif hat ver.di mit Randstad vereinbart. Da ihre Warmmiete 400 € beträgt, bleiben ihr zum süßen Leben noch 400 € mtl. Sie liegt jetzt unter dem Sozialhilfebedarf.

Anja Schmidt ist empört. Doch das Job-Center droht ihr mit 12 Wochen Sperrzeit, wenn sie die Leiharbeit nicht annimmt...

(Laut Schröder und Fischer „profitieren alle“ von den Hartz-Plänen. Angeblich profitiert Anja Schmidt von dem geringeren Lohn genau so wie ihre KollegInnen, wenn sie durch billigere Leihkräfte ersetzt werden. Tatsächlich profitiert nur das Kaufhaus...)

So wie bei Anja Schmidt beispielhaft, könnte es auch bei Hans Jäger, 38 Jahre, verheiratet, 1 Tochter, Autoschlosser aussehen oder auch ...

bei Ihnen ...



Die für diese „Heuer und Feuer“-Praktiken Verantwortlichen in der Wirtschaft (wie auch viele Politiker) sind der Meinung, die Löhne (mit den angeblichen „Nebenkosten“) seien zu hoch! Da es ihnen aber nicht gelungen ist, die Löhne noch mehr herunter zu drücken, (u.a. wegen des immer noch starken Zusammenhaltes der meisten Beschäftigten in den Gewerkschaften) drohen sie immer frecher mit Entlassungen. Sie hoffen dabei auf noch mehr Knete mit den durch Entlassungen bzw. Rationalisierungen erzielten Gewinnen, ebenso durch vermehrte reine Finanzspekulationen und Börsengeschäfte.

Die aktuell politisch Verantwortlichen – Schröder, Fischer, Clement - setzen lieber die „kleinen Leute“ durch „HARTZ“ und weitere Sozialdemontage unter Druck, als sich für eine gerechtere Verteilung von Arbeit, Gewinnen und Löhnen einzusetzen.

Statt dessen flankieren sie diese Lohn-Dumping-Taktik, indem zusätzlich die Arbeitslosenhilfe durch „Zusammenlegung“ mit der Sozialhilfe gekürzt bzw. komplett gestri-

chen werden soll. Denn diejenigen, die nicht (mehr) zur Lohnarbeit gebraucht werden, sollen aufgrund des angeblichen „Lohnabstandsgebots“ noch weniger haben als die, die zu Hungerlöhnen arbeiten!

Im Übrigen werden durch die neuen Regelungen an die 500.000 ArbeitslosenhilfeempfängerInnen aus den letzten Haltepunkten der Arbeitslosenversicherung herausfallen!

Selbst einige ‚Spitzengewerkschaftler‘ haben diesen HARTZ-Plänen zugestimmt. Allerdings scheinen weite Teile der Basis ganz anderer Auffassung zu sein: sie setzen sich dagegen immer deutlicher zur Wehr. Denn es betrifft nicht nur die Arbeitslosen, sondern immer mehr auch Beschäftigte, deren Löhne gedrückt werden!

Keine Legitimierung von Niedriglöhnen und Lohndumping per Leih-Tarifvertrag!

An die Gelder derer, die durch Entlassungen und Spekulationen gute „Schnitte“ gemacht haben, wird sich nicht heran getraut! Von Ihnen wird keine „**Solidarität für das Gemeinwohl**“ eingefordert Im Gegenteil: Jene können sich nach den Steuersenkungen für das „Große Geld“ noch weiter die Taschen voll machen. Inzwischen bekommen die Unternehmen dieses Landes mehr an Subventionen vom Staat zurück, als sie ihm an Gewinnsteuern zahlen.

Einige Kennziffern, noch ohne die rot-grünen Jahrhundert-Steuer geschenke an die Konzerne der Jahre 2000 ff: (aus R. Roth, „das Kartenhaus“)

	Bruttogewinne	Gewinnsteuern	Steuersatz
1980	177,8 Mrd. DM	86,7 Mrd. DM	48,8 %
1990	369,0 „ „	108,7 „ „	29,5 %
1998	690,0 „ „	102,5 „ „	14,9 %